

Carsten Probst

Rede zur Eröffnung der Ausstellung „Kunst gegen rechts“

Alte Feuerwache Berlin-Friedrichshain, 05.08.2026, 19h

Vielen Dank für die einführenden Worte, liebe Kerstin Ottersberg,
vielen Dank an Anne Mundo und Dirk Teschner für die Einladung, hier heute zu sprechen!

Denn es ist offenkundig ein besonderer Moment, in dem wir hier stehen.
Der September, von dem es schon seit einigen Monaten heißt, dass wir dann vielleicht in
einem anderen Land aufwachen würden, ist jetzt nur noch ein paar Wochen entfernt.

Schon das vergangene Dreivierteljahr über war zu spüren, dass sich überall Aktivitäten mit
Blick auf diesen September entwickeln. In den letzten Wochen nahm das manchmal sogar
fast hektische Züge an.

Im Kultur- und Wissenschaftsbereich gründen sich derzeit zahlreiche neue Initiativen,
Ausschüsse, Netzwerke, Bündnisse, um sich zu wappnen gegen das, was da auf uns
zuzukommen scheint. – Und etwa mit Blick auf die Umfragen und das Wahlprogramm der
AfD in Sachsen-Anhalt ist das ja auch nur zu verständlich.

Wenn Sie mit den Leiter*innen von Kunst- und Kulturinstitutionen in Ostdeutschland
sprechen, für die der Umgang mit der AfD seit Jahren Alltag ist, dann hören Sie sehr
gemischte Geschichten.

Zum einen jene Berichte, wie man sie auch aus den Medien kennt – von jenen unablässigen
Versuchen der Partei, die Arbeit der Landesregierung mit immer neuen Anfragen, Eingaben
und Klagen zu blockieren, Förderungen und Gesetze zu verhindern oder mit unsäglichen
Tiraden an die Öffentlichkeit zu gehen. Es kann für Museen oder auch Wissenschafts- und
Bildungseinrichtungen unglaublich anstrengend und zermürend sein, permanent gegen
solche asymmetrischen Blockadeversuche anzugehen.

Zugleich hören Sie aber auch von den Institutionsleiter*innen, dass die Vertreter*innen der
AfD im persönlichen Kontakt durchaus gesprächsbereit sind, dass sie zu Theaterpremieren

und Ausstellungseröffnungen erscheinen, dass sie mitunter das genaue Gegenteil von dem sagen, was sie öffentlich verlauten. Sie setzen sich, oft im Gegensatz zu den Regierungsparteien, aktiv für die Erhöhung von kommunalen Kulturretats und den Erhalt von Institutionen ein.

Das wirkt auf den ersten Blick natürlich erstaunlich, fast schizophren. Doch für die AfD ist der Kampf um die politische Macht nun einmal erklärtermaßen ein Kulturkampf. Kultur- und Bildungsinstitutionen gehören, gerade auf kommunaler und Landesebene, zu den zentralen Orten ihres Wahlkampfes. Sie wollen die kulturellen und Wissenschaftsinstitutionen nicht abschaffen – sie wollen sie umcodieren.

Und sie können sich dabei sogar auf Zustimmung von durch vielen Menschen stützen, die vorderhand nicht zu den AfD-Wähler*innen zählen. Die etwa schon seit Langem finden, dass die Gegenwartskunst unverständlich und viel zu international ist, dass man in ihr nichts Vertrautes wiedererkennt. Dass man sich darin die eigene kulturelle Identität, oder was man dafür hält, nicht genug wiederfinden kann. Dass sie zu politisch ist.

Barbara Steiner, die Vorständin und Direktorin des Bauhauses Dessau, hat es vor mehreren Monaten, als ich mit ihr ein Podium in Leipzig veranstaltete, auf den Punkt gebracht. Bezogen auf die Anti-AfD-Proteste unter dem Slogan: „Wir sind die Vielen“ sagte sie: „Wir, die Museen und Bildungseinrichtungen in Ostdeutschland, sind nicht die Vielen, wir sind die Wenigen.“ Das heißt: Die immer noch verbreitete, wohlmeinende Annahme, dass die Einrichtungen des demokratischen Kultur- und Bildungsverständnisses sich auf eine breite Mehrheit stützen können, stimmt schon lange nicht mehr – vor allem nicht in Ost-, zunehmend aber auch in Westdeutschland.

Und die Fronten, so Barbara Steiner weiter, haben sich in den alltäglichen Fragen unglaublich verhärtet, und zwar weit über die politische Arbeit hinaus.

Sinnbildlich in dieser Ausstellung steht für mich dafür die kleine Arbeit von Sonja Schönberge, die Sie hier gleich links neben dem Eingang finden.

Zunächst handelt es sich um Fundstücke aus geschmolzenen Glasscherben. Gefunden wurden sie bei archäologischen Grabungen auf dem Tempelhofer Feld. Wahrscheinlich handelt es sich um Glasfragmente, die bei Bombardements des Flughafens Tempelhof während des Zweiten Weltkrieges zersprungen und unter der Hitze dann miteinander verschmolzen sind.

Glas ist ja eigentlich schon was Starres – es ist also zersprungen, hat in der Hitze der Bombenexplosionen seine Struktur aufgelöst, hat sich kurzzeitig verflüssigt und ist dann wieder zu Fragmenten erstarrt.

Und jetzt – zu neuen fensterartigen Objekten zusammengefügt, sieht man, dass diese Fragmente noch durchscheinend sind, aber gleichzeitig auch erblindet. Man kann nicht mehr hindurchsehen.

Vielleicht ist das auch eine ganz gute Metapher für die Erstarrungen einer Gesellschaft, die in Bewegung war, sich zwischenzeitlich aufgelöst hat und dann wieder erstarrt; nicht mehr wirklich durchlässig ist.

Ich habe mich, bevor ich die Ausstellung sah, gefragt, was bedeutet das jetzt: „Kunst gegen rechts“?

Weil: „rechts“ ja nicht nur die AfD oder die vielen anderen rechtsextremen oder faschistischen Gruppen sind, die jetzt am großen Umsturz arbeiten.

Die AfD, abgesehen von einigen kleinen kommunalen Ämtern, ist in Deutschland ja nach wie vor nirgends in administrativer Verantwortung.

Mit anderen Worten: Was man jetzt an Einschränkungen von Wissenschafts-, Kunst- und Meinungsfreiheit bereits seit Jahren zunehmend erleben kann, wird in der Regel nicht von Leuten in Administrationen ausgeführt, die sich direkt und offen zur AfD bekennen. Eher von solchen, die sich zur rechtstaatlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Die ihr Tun auch nicht unbedingt als „politisch“ verstanden wissen wollen – schließlich sind Kunst, Wissenschafts- und Meinungsfreiheit ja durch die Verfassung vor politischen Eingriffen explizit geschützt.

Wenn also – beispielsweise – der Kulturstatsminister Berufungs-Gremien, Preisjurs und kulturelle und wissenschaftliche Förderinstitutionen vom Verfassungsschutz auf vermeintlich linksradikale, staatsfeindliche Umtriebe überprüfen lässt, so ist das aus seiner Sicht natürlich keine politische Maßnahme. Das ist Staatsschutz. Der Staat soll natürlich keine Steuergelder für die Förderung jener ausgeben, die ihn abschaffen wollen. Sagt er.

Oder wenn in Nordrhein-Westfalen die Kulturverwaltung einer Großstadt eine künstlerische Arbeit entfernen lässt, weil sie die Hassreden der lokalen AfD-Mitglieder im Stadtrat gegen Migrant*innen dokumentiert – dann ist das aus Sicht der Stadtverwaltung kein politischer Eingriff in die Kunstfreiheit. Es ist der Schutz des Neutralitätsgebotes von städtischen Veranstaltungen. Sagt die Stadtverwaltung.

Die Bedeutung von „rechts“ hat sich, wie Barbara Steiner sagte, verschoben. Das gilt natürlich auch für die Bedeutung von „links“. Es gibt keine starren ideologischen Fronten mehr. Ob aus Strategie oder Überzeugung, ist nicht wichtig. Das ist auch durchaus nicht neu.

Viele meiner alltäglichen Gesprächspartner*innen, die offenkundig rechte Ansichten teilen würden, würden sich selbst nicht als rechts bezeichnen.

Sie bezeichnen sich als „normal“. Als „weder links noch rechts“. Als „Mitte“.

Darüber mag man spontan lachen oder den Kopf schütteln. De facto ist das Gefühl von Normalität aber der entscheidende Faktor - bei den bevorstehenden Wahlen ebenso wie bei der gesamten Entwicklung seit einigen Jahren. Nicht nur die Bedeutung von Links und Rechts hat sich gegenüber früheren Verständnisweisen der Begriffe verschoben, auch der Begriff von Normalität.

Diese Ausstellung hat für mich einen Kern, eine Arbeit, für die ich Ihnen empfehle, sich heute Abend Zeit zu nehmen. Das sind die vier Bildschirme hinten links im Raum – eine Arbeit von Talya Feldman.

Eine vierteilige Videoarbeit, die zu einem größeren Dokumentations- und Kartografie-Projekt gehören, in dem die Hinterbliebenen von Opfern extremistischer Gewalt, von Hassverbrechen, aber auch von staatlichen Übergriffen zu Wort kommen. Das Projekt stützt

sich auch auf eine internetbasierte Rechercheplattform, die die Künstlerin eingerichtet hat und bezieht sich nicht nur auf die letzten Jahre, sondern reicht zurück über Jahrzehnte, auch in die Zeit der DDR. Sie gibt den verschiedenen Geschichten und Geschehnissen Ort und Zeit.

Nehmen Sie sich etwas Zeit, diese Stimmen und Berichte über die Kopfhörer anzuhören.

Ich verspreche Ihnen: Die Eindrücke dieser Arbeit drehen die Normalität sofort um.

Normal ist ja nicht, dass es zu Anschlägen kommt, dass Rechtsextreme zuschlagen, dass sie Jagd auf migrantisch gelesene Personen machen. Obwohl hier unablässig davon berichtet wird und die schiere Anzahl der Berichte lässt es natürlich so erscheinen, als sei das inzwischen das Normale.

Aber die Normalität in diesen Berichten und Videos sieht anders aus. Sie geht von einer Normalität aus, dass wir zusammenleben. Dass man darauf setzen kann, dass man sich in einer Gesellschaft gegenseitig respektiert und achtet.

Sie geben dem Schmerz über den Verlust von Kindern und Lebenspartner*innen eine Stimme, die getötet wurden.

Sie fragen: Das soll jetzt normal sein?

In allen Arbeiten der Ausstellung geht es um dieses Gefühl:

Um diesen, wenn man will, sehr speziellen Kampf um den Begriff von Normalität.

Weniger gegen einen starren, eindeutig zu identifizierenden Feind.

Sondern es geht gegen einen sehr vielschichtigen, sehr weitverbreiteten gesellschaftlichen Zustand.

Einen Zustand, der auch nicht erst heute, sondern schon vor langer Zeit entstanden ist.

Frei nach Primo Levi müsste man sagen: Der Hass gegenüber Fremden und Anderen, gegenüber Minderheiten und Schutzlosen war in unserer Gesellschaft mehrheitsfähig. Und folglich kann er es auch wieder werden.

Vielen Dank!